

## Kommentar

# Wahlkampf mit dem Wolf

**Fast genauso ermüdend wie die Wolfsangriffe selbst ist das stetige Gezeter um das Tier. Das Initiativkomitee der C-Parteien hat sich die Wut der Bevölkerung mit einer nutzlosen Vorlage geschickt zunutze gemacht.**

Ohnmächtige Schafhalter. Vergandende Alpen. Bewohner von Bergdörfern, die – ob berechtigt oder nicht – Angst um ihre Kinder haben. Und dazu eine rasch zunehmende Wolfspopulation: Wie 63 Prozent des Walliser Stimmvolks gehöre auch ich zu denjenigen, die die zunehmende Präsenz des Wolfs für ein echtes Problem halten und die dessen Bestand deshalb «proaktiv regulieren» wollen, wie es so schön heisst.

Das Problem einfach auszusitzen, wie dies Staatsrat Frédéric Favre über weite Teile des Sommers versuchte, kann keine Lösung sein. Gleichzeitig darf die Kantonsregierung aber nur innerhalb eng gesteckter Grenzen auf die Wolfspräsenz reagieren. Gefragt wären deshalb Lösungen auf Bundesebene.

Und hier müssen sich unsere Parlamentarier beileibe nichts vorwerfen lassen. Im Gegenteil: Besieht man sich die Flut von Vorstössen oder die Zeit und Energie, die unsere bürgerlichen National- und Ständeräte in die gescheiterte Revision des Jagdgesetzes investiert haben, könnte man meinen, der Wolf rangierte auf der politischen Dringlichkeitsskala glatt auf einer Stufe mit dem Finanzausgleich (bringt dem Kanton 800 Millionen Franken), dem Erhalt der Wasserzinsen (160 Millionen Franken) oder der Energiewende.

Auch für beachtliche Teile der Walliser Bevölkerung scheint der Wolf oft erster Sündenbock und alleinige Bedrohung für den Fortbestand des christlichen Abendlands in Personalunion zu sein. Zu diesem Schluss muss kommen, wer regelmässig die Leserbriefe in dieser Zeitung liest oder – in Anzahl und Stil noch viel ärger – die Kommentarspalten in den sozialen Medien. Oft müssen sie gesperrt werden: zu tief unter der Gürtellinie, zu viel Hass auf ein Tier und seine Fürsprecher.

Dieser Wut haben sich die C-Parteien bedient, als sie vor fünf Jahren die Grossraubtier-Initiative lanciert haben. Mit einem Initiativkomitee unter anderem bestehend aus fünf Anwälten war dabei allen klar, dass eine kantonale Initiative am Wolfsproblem rein gar nichts ändern können. Das Problem müsste durch übergeordnetes Recht gelöst werden.

Das «deutliche Signal an Bern», mit dem man die ganze Übung nun rechtfertigt, ist dabei eine doch recht plumpe Ausrede: Erstens sind 63 Prozent Ja-Stimmen ein deutlich schwächeres «Signal», als sich so mancher erhofft hätte. Und zweitens weiss das BAFU längst selbst, wie die Mehrheit der Bergbevölkerung zum Wolf steht. Stattdessen ist es den Initianten in erster Linie darum gegangen, mit dem Thema Wolf Stimmen zu holen.

Offensichtlich wird dies, wenn man sich den Zeitpunkt beschaut, zu dem die Initiative eingereicht

wurde: Das Initiativkomitee überreichte die gesammelten Unterschriften seiner zahllosen, aber öffentlichkeitswirksamen Vorlage just im Januar 2017. Also anderthalb Monate vor den Gross- und Staatsratswahlen und zu einem Zeitpunkt, als der Wahlkampf in die heisse Phase ging.

Zufall war dies nicht: Die benötigten Unterschriften hätte man bereits Monate zuvor beisammengehabt und der Staatskanzlei überreichen können. Nur war da eben noch kein Wahlkampf.

Die Geschichte der Walliser Grossraubtier-Initiative zeigt eindrücklich, dass sich auch die C-Parteien nicht zu schade sind, ab und an auf populistische Mittel zurückzugreifen, um sich ein paar Stimmen zu sichern.

Nun, die Strategie ist aufgegangen. Doch griffige Massnahmen, um die Wolfsproblematik zu entschärfen, enthält die Vorlage nicht mal im Ansatz. Freilich war das den Initianten nur allzu bewusst, als sie die Vorlage lanciert hatten.